

Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag nimmt eine besondere Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems ein. Sie ist Ombudsfrau für die Anliegen der Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Gewaltherrschaft. Als parlamentarisches Hilfsorgan steht sie dem Bundestag und seinen Ausschüssen beratend zur Seite. Darüber hinaus unterstützt sie die Arbeit von Opferverbänden und Organisationen, die sich mit der Aufarbeitung von SED-Unrecht befassen.

www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte



Übergabe des ersten Berichts
„Dringende Handlungsbedarfe
für die Opfer der SED-Diktatur“
am 8. November 2021 an die
Bundestagspräsidentin Bärbel Bas.



Die SED-Opferbeauftragte
am 11. Mai 2022 zu Gast
im Rechtsausschuss unter
Leitung der Vorsitzenden
Elisabeth Winkelmeier-Becker.



Besuch der Gedenkstätte Berlin-
Hohenschönhausen, der früheren
zentralen Untersuchungs-
anstalt der DDR-Staatssicherheit,
am 8. Juli 2021.



Deutscher Bundestag

**Die Bundesbeauftragte
für die Opfer der SED-Diktatur
beim Deutschen Bundestag**

**Neu
2022**
20. Wahlperiode



„Über 30 Jahre nach dem Mauerfall besteht weiterhin Handlungsbedarf für die Opfer der SED-Diktatur und die Opfer politischer Gewalt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Als SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag möchte ich zwischen den Betroffenen und ihren Verbänden und der Bundespolitik eine Brücke schlagen. Denn niemand, der in der Diktatur für Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft hat, soll heute in unserer demokratischen Gesellschaft in das soziale Abseits geraten. Mein Anspruch ist es, dass wir den Betroffenen der Willkür der SED-Diktatur helfen und gleichzeitig jüngere Generationen für die Bedeutung von Freiheit und Menschenrechten sensibilisieren.“



Evelyn Zupke, Bundbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag.

Im Auftrag des Parlaments

Am 10. Juni 2021 wählte das Parlament Evelyn Zupke zur ersten Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag (SED-Opferbeauftragte). Aufgabe der SED-Opferbeauftragten ist es, sich als Ombudsfrau für die Anliegen der Opfer der SBZ-/SED-Diktatur in Politik und Öffentlichkeit einzusetzen und zur Würdigung der Opfer des Kommunismus in Deutschland beizutragen.

Dabei berät die SED-Opferbeauftragte den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung und öffentliche Einrichtungen in allen Fragen, die die Opfer von SED-Unrecht betreffen. Außerdem unterstützt sie den Bundestag darin, die Aufmerksamkeit für die Belange der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft im europäischen und internationalen Rahmen zu stärken. Darüber hinaus arbeitet sie mit den Opferverbänden, den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Beauftragten für Ostdeutschland, der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie mit Beratungsstellen, Archiven, Gedenkstätten, Forschungsinstituten und zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen.

In der Öffentlichkeit schafft die SED-Opferbeauftragte ein Bewusstsein für die unterschiedlichen biografischen Erfahrungen in der Zeit der deutschen Teilung und fördert damit die gesellschaftliche Verständigung. Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur nimmt ihre Aufgaben als parlamentarisches Hilfsorgan beim Deutschen Bundestag wahr. Sie wird für die Dauer von fünf Jahren vom Parlament gewählt und ist ihm direkt unterstellt. In ihrem Amt ist sie unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

Über die aktuelle Situation der Opfer der SBZ-/SED-Diktatur legt sie dem Deutschen Bundestag jährlich einen Bericht vor. Die Ausschüsse des Bundestages können sie beauftragen, weitere Berichte zu erarbeiten. Darüber hinaus kann die SED-Opferbeauftragte dem Parlament und seinen Ausschüssen jederzeit selbstständig Stellungnahmen vorlegen. Zur Wahrung ihrer Aufgaben kann sie außerdem an den Beratungen der Ausschüsse des Bundestages teilnehmen.

Den Opfern eine Stimme geben

Die SED-Opferbeauftragte gibt den Opfern der Diktatur der SED und der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone eine Stimme. Für die Einzelfallberatung sind aber weiterhin die Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie weitere Beratungsinstitutionen zuständig. Im Austausch mit den Betroffenen, in der Auseinandersetzung mit ihren Schicksalen und aus den Erfahrungen in der Bearbeitung ihres Unrechts bündelt die SED-Opferbeauftragte aktuelle Themen und Anliegen und trägt sie in die Politik. Denn auch über 30 Jahre nach dem Ende der Diktatur der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ist es immer noch nötig, das Unrecht

der DDR umfassend aufzuarbeiten und dabei stets auch die Folgen für die Opfer in den Blick zu nehmen. Viele Menschen, die in der DDR für Freiheit und Selbstbestimmung gekämpft haben, wurden zu Opfern des Regimes. Sie mussten beispielsweise

politische Haft, Einweisungen in Spezialheime, Zwangsadoption, Zwangsdropping, Zersetzungsmaßnahmen, berufliche Benachteiligung und Zwangsaussiedlung erdulden. Diese Einschnitte in das persönliche Leben haben bei den Opfern und ihren Familien tiefe Spuren hinterlassen. Viele Opfer politischer Repression kämpfen bis heute mit schwerwiegenden Folgen des Erlebten. Für die SED-Opferbeauftragte ist daher die Freude über den Mauerfall und die deutsche Einheit eng mit der Würdigung von Widerstand und Opposition in der ehemaligen DDR und mit einer andauernden aktiven Unterstützung der Opfer von SED-Unrecht verknüpft.

Informationsrechte

Damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann, ist die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag mit besonderen Informationsrechten ausgestattet. Diese Rechte sind im SED-Opferbeauftragtengesetz (OpfBG) geregelt. So kann die SED-Opferbeauftragte für ihre Gutachten, Berichte oder Stellungnahmen auch Einsicht in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR nehmen. Sie kann sich auf Antrag der überprüfenden Stelle an Überprüfungsverfahren nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz beteiligen und alle Unterlagen einsehen, die dabei verwendet wurden. Auf Antrag des Ausschusses für Wahlprüfung,

Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages kann sie an Verfahren zur Überprüfung von Abgeordneten beteiligt werden und so zur Transparenz über Abgeordnetenbiografien beitragen. Darüber hinaus sind öffentliche Stellen des Bundes und der Länder gehalten, die SED-Opferbeauftragte in ihrer Arbeit beispielsweise mit Informationen zu unterstützen.

Die Arbeit der SED-Opferbeauftragten im Parlament

In den vergangenen Jahren wurde schon viel für die Opfer der SED-Diktatur und der kommunistischen Herrschaft in der SBZ erreicht. Dennoch besteht weiterhin großer Handlungsbedarf. Denn manche Instrumente lassen erst in der Praxis einen Nachschärfungsbedarf erkennen, andere Problemlagen – wie Traumatisierungen oder intergenerationale Themen – werden zum Teil erst nach Jahrzehnten deutlich.

Darüber hinaus setzt sie sich dafür ein, dass Gerechtigkeitslücken in den Rehabilitierungsgesetzen unter anderem in Bezug auf bisher nicht ausreichend berücksichtigte Opfergruppen geschlossen werden und die soziale Lage der Opfer, die häufig aufgrund von gebrochenen Berufsbiografien an der Grenze zur Armutsgefährdung leben, verbessert wird. Die SED-Opferbeauftragte engagiert sich außerdem dafür, dass das Gedenken und Erinnern auch in einer sich verändernden Gesellschaft seine Relevanz behält, und fordert, Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Erforschung des SED-Unrechts und seiner Folgen zu schaffen. Auch im internationalen Kontext will sie die Vermittlung von Erfahrungen in Deutschland im Umgang mit den Opfern diktatorischer Gewaltherrschaft stärken.

Evelyn Zupke

Am 28. Februar 1962 in Binz geboren, verhielt sich Evelyn Zupke bereits in der Schulzeit nicht regimiekonform; ihre oppositionelle Haltung führte sie zunächst in die pflegerisch-erzieherische Arbeit der evangelischen Kirche und ab 1987 in den Weißenseer Friedenskreis. 1989 war Evelyn Zupke maßgeblich an der Aufdeckung des ersten Nachweises des Wahlbetrugs bei den Kommunalwahlen der DDR am 7. Mai beteiligt. Nach 1989 arbeitete sie unter anderem im Komitee zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft.

In den letzten 25 Jahren war sie in der sozialen und psychotraumatischen Arbeit tätig und besuchte als Zeitzugin des Widerstands und der Friedlichen Revolution in der DDR Schulen in ganz Deutschland. Seit dem Jahr 2020 ist Evelyn Zupke Mitglied im Beirat für den Härtefallfonds für die Opfer der SED-Diktatur beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten. 2001 erhielt sie für ihr Engagement den Verdienstorden des Landes Berlin.

Informationen im Internet

Die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag
www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte



Anschrift der SED-Opferbeauftragten

Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37893
E-Mail: sed-opferbeauftragte@bundestag.de

Folgen Sie Evelyn Zupke auf Twitter: [@EvelynZupke](https://twitter.com/EvelynZupke)

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
Koordination: Dr. Elisabeth Heegewaldt, Elmar Ostermann
Text: Bettina Korge, Jenny Wojtyasiak; redaktionelle Beratung: Georgia Rauer
Gestaltung: Nolte Kommunikation
Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies; Bearbeitung 2008: büro uebele
Fotos: Deutscher Bundestag (DBT)/Inga Haar (Porträt); DBT/Thomas Imo/photothek.net (links); DBT/Leon Kügeler/photothek.net (Mitte); DBT/Julia Nowak/JUNOPHOTO (rechts)
Druck: Druckhaus Waiblingen Remstal-Bote GmbH

Stand: August 2022
© Deutscher Bundestag, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbzwecke eingesetzt noch von Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.